



Grußwort
von
Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter der Bundesregierung
Für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

anlässlich der Tagung
„100 Jahre Oktoberrevolution -
Die Folgen der Ereignisse für Russlanddeutsche“

Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationalen Minderheiten begrüße ich sehr, dass sich die Beauftragte für Kultur und Medien, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Deutsche Gesellschaft mit dieser Tagung eines Themas annehmen, das für Russlanddeutsche von großer Bedeutung ist. Die Folgen der durch die Revolution im Oktober 1917 ausgelösten Ereignisse für die russlanddeutsche Volksgruppe sind auch noch heute, 100 Jahre nach diesem epochalen Ereignis von Weltrang, quasi mit den Händen zu greifen, markiert es doch in der Geschichte der Russlanddeutschen eine einschneidende Zäsur; die nachfolgende Geschichte dieser Volksgruppe, wozu gerade auch der Deportationserlass aus dem Jahr 1941 gehört, kann nicht außerhalb dieses Kontextes verstanden werden. Das Jahr 2017 ist damit eine exzellente Gelegenheit, innezuhalten und die damaligen vielschichtigen und teils ambivalenten Ereignisse und deren Folgen zu reflektieren. Mit Blick auf die historische Dramaturgie möchte ich hier sechs Ereigniskomplexe herausgreifen, die von wesentlicher, meist gar besonders einschneidender Bedeutung für die Russlanddeutschen waren.

Bereits im Vorfeld der Oktoberrevolution hatten die Russlanddeutschen einen schmerzhaften Einschnitt durch den Ersten Weltkrieg erlitten. Die damit einhergehende Sondergesetzgebung der Jahre 1914-1917 zerstörte die heile Welt zahlreicher Nachfahren von Katharinas Kolonisten. So wurden zuerst das Eigentum, dann der Gebrauch der deutschen Sprache und schließlich gar das Versammlungsrecht vieler Russlanddeutschen eingeschränkt. Insofern lässt sich durchaus von einer „*Germanophobie der Kriegsjahre*“ sprechen. Aus „*Gründen der Staatserhaltung*“ drohte den „*inneren Deutschen*“, d.h. nicht nur den Reichsdeutschen, sondern auch den Russlanddeutschen, schließlich die Vertreibung; für wolhyniendeutschen Kolonisten, die nahe der Front siedelten, wurde diese Bedrohung zur bitteren Realität. Für die Betroffenen stellte sich immer mehr die Frage nach dem „*Wohin?*“.

Den zweiten Einschnitt bewirkte dann das Revolutionsjahr 1917. Seine Ereignisse betrafen sämtliche Russlanddeutsche, damals immerhin zwei Millionen. Die Abdankung des Zaren Nikolai II., das Gesetz vom 3. April 1917 über die Gleichheit aller Staatsbürger und schließlich die Revolution selbst wurde von vielen Russlanddeutschen als Befreiung von der gegen die „*inneren Deutschen*“ gerichteten

Politik der russischen Regierung der letzten Jahre empfunden und euphorisch begrüßt. In der Folge manifestierte sich der Weg der „inneren Deutschen“ vom Untertan zum Bürger durch die Gründung von politischen Organisationen in den Siedlungsgebieten unter russlanddeutscher Führung. Die positiven Entwicklungen für die Russlanddeutschen verdichteten sich beispielsweise in einer Konferenz deutscher Kolonisten in Moskau. Die öffentlich verkündeten Forderungen umfassten den Aufbau einer eigenen Republik der Russlanddeutschen, einer Agrarreform unter Beibehaltung des Privateigentums an Grund und Boden und den ungehinderten Gebrauch der deutschen Sprache. In der Folgezeit erfuhren die Russlanddeutschen Anerkennung, gründeten eigene Hochschulen und eine Universität und auch Zeitungen. In der kurzen Zeit zwischen Februarrevolution und Oktoberrevolution stellten die Deutschen im Russischen Reich damit unter Beweis, dass sie zur Selbstorganisation und Artikulation politischer Positionen fähig waren. Nach der Oktoberrevolution gelang es den Russlanddeutschen gar, im Rahmen der lenin-stalinschen Nationalitätenpolitik eine eigene Staatlichkeit zu erlangen. Kulturell und sprachlich folgte geradezu eine Phase des Aufblühens. Auf der anderen Seite brachte die Revolution jedoch auch erhebliche Belastungen für die Russlanddeutschen mit sich, insbesondere die Abschaffung des Privateigentums. Insbesondere waren die Deutschen aus Russland der Möglichkeit echter politischer Selbstorganisation beraubt, weil auch in den vermeintlich „autonomen“ Sowjetrepubliken getreu der Formel Stalins „*national in der Form, sozialistisch im Inhalt*“ der unbedingte und unbeschränkte Primat der streng zentralistischen Kommunistischen Partei in allen Bereichen bestand.

Der dritte Einschnitt fand in den dreißiger Jahren statt. Wie gegen andere nationale Minderheiten auch hegte die Sowjetregierung gegen die deutsche Bevölkerung den gesteigerten Verdacht, sie könnten Spione und Verräter sein. Die Erfassung von Geheimlisten mit persönlichen Daten der Russlanddeutschen erleichterte den sowjetischen Geheimdiensten die Verhaftungen und darauffolgende Verhöre. Den traurigen Höhepunkt der spezifisch antideutschen Verfolgung im Rahmen des „*Großen Terrors*“ in der Sowjetunion von 1936 bis 1938 markierte der berüchtigte NKWD-Befehl 00439 vom 25. Juli 1937. Auf seiner Grundlage wurden fast 42.000 Deutsche erschossen und rund 13.000 Deutsche zu Haftstrafen verurteilt.

Der Deportationserlass vom 28. August 1941 markiert den schlimmsten Einschnitt für die Volksgruppe der Russlanddeutschen und damit den Beginn eines langen Leidensweges. Der Erlass kann durchaus als „Todesstoß“ beschrieben werden. Die meisten Deutschen erreichte die Schreckensnachricht am 30. August 1941. Auf den Hauptplätzen waren Lautsprecher aufgestellt, die mittels einer Sendung des lokalen Radios den Erlass über die „*Übersiedlung der Deutschen*“ verkündete. Im Nachhinein lässt sich schwer sagen, was die Betroffenen an diesem Dokument mehr bedrückte: Die ungeheuerliche Anklage der Kollaboration mit dem Dritten Reich oder die drohende Umsiedlung aller Deutschen aus ihrer Heimat in mehrere tausend Kilometer entfernte Gebiete. Seit den Deportationen, den Arbeitslagern und der Trudarmee und ihren unzähligen Opfern sind die Russlanddeutschen nicht mehr zu alter Größe auf russischem Boden aufgestiegen. Der Glaube an den Staat und das gesellschaftliche System ging zunehmend verloren.

Diese Ereignisse und Erfahrungen führten - fünftens - zum Wunsch zur Aussiedlung nach Deutschland. Zunächst standen der Aussiedlung der Deutschen aus Russland schier unüberwindliche Hindernisse seitens des sowjetischen Staates im Wege, so dass die Zahlen sehr gering blieben. Gewisse neue Möglichkeiten, wenn auch nicht in großem Umfang, eröffneten sich in der Folge von Konrad Adenauers Moskareise 1955, der Neuen Ostpolitik und des KSZE-Prozesses. Eine Aussiedlungswelle großen Ausmaßes nahm erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre während der Perestroika ihren Anfang. Im Jahrzehnt zwischen 1990 und 1999 siedelten insgesamt 1,8 Millionen russlanddeutsche Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland aus. Dabei spielte für viele Russlanddeutsche eine wichtige Rolle, dass ihre Bleibeperspektive immer schlechter wurde. Denn für einen Verbleib wäre nach ihrem Verständnis nicht zuletzt die legale Rückkehr ihrer Volksgruppe an die Wolga als maßgeblicher Beweis der staatlicherseits im Protokoll vom 10. Juli 1992 zugesicherten echten Rehabilitierung erforderlich gewesen. Eine solche stufenweise Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen in ihrem angestammten Siedlungsgebiet an der Wolga zerbrach aber am Widerstand nicht nur von lokalen Machthabern, sondern auch von Seiten des Kremls.

Für die in Russland verbliebenen ethnischen Deutschen kam es - sechstens - aber auch zu positiven Entwicklungen. Sie schafften es nämlich, sich seit den 90er Jahren

zu konsolidieren. Die seitdem durch die Bundesregierung geleisteten systematischen Unterstützungsleistungen haben zu einem bemerkenswerten Aufschwung wesentlich beigetragen. Auf gesellschaftlich-kultureller Ebene belegen dies die Selbstorganisationen der Russlanddeutschen wie die „*Wiedergeburt*“, die „*Föderale Nationale Kulturautonomie der Russlanddeutschen*“ (FNKA) und der „*Internationale Verband der deutschen Kultur*“ (IVDK). Mithilfe dieser mittlerweile sehr professionellen Organisationen konnten sich die Russlanddeutschen in der russischen Gesellschaft ein neues Gehör bis in die Staatsspitze hinein verschaffen. Laut der letzten russischen Volkszählung gibt es heute noch etwa 400.000 Russlanddeutsche in der Russischen Föderation. Die Gruppe der Nachfahren von Katharinas Kolonisten ist also durchaus groß und bietet Potenzial, vor allem zum Bau wertvoller Brücken zwischen Deutschland und Russland. Exemplarisch hierfür sind die Deutsch-Russischen Häuser bzw. Kultur- und Geschäftszentren der Russlanddeutschen, etwa in Moskau, Omsk, Barnaul, Nowosibirsk und Kaliningrad. Vielfältige und zahlreiche, auch grenzüberschreitende Kooperationen junger wie älterer Russlanddeutscher sowie russlanddeutscher Organisationen sind Zeugnis einer lebendigen und aktiven Volksgruppe, die das gesellschaftliche und kulturelle Leben hier wie dort enorm bereichert.

So schaue ich mit Zuversicht in die Zukunft und wünsche allen Teilnehmern anregende Gespräche und neue Erkenntnisse und der Tagung einen erfolgreichen Verlauf.